

Europa steuert durch stürmische Zeiten. Warum es sich gegen globale strategische Konkurrenten schützen muss und welche Folgen ein Auseinanderdriften der Union hätte

AZ: Herr Maurer, wir leben in einer Welt, in der sich immer deutlichere Kraftzentren entwickeln und einzelne Großregionen sehr viel bestimmen können. Welche Rolle spielt dabei die EU?

ANDREAS MAURER: Diese multipolare Weltordnung besteht aus mindestens drei Pfeilern: den USA, China und der Europäischen Union. Ehrlicherweise müsste man nach wie vor sagen, Russland und Brasilien gehören auch dazu. Ein einzelner Staat wie Deutschland hat hier, selbst wenn er – scheinbar – so mächtig ist wie die Bundesrepublik, überhaupt nichts zu melden. Es müssen größere Verbände sein, die nicht mit ihrem militärischen Gewicht, sondern mit ihrem wirtschaftlichen Gewicht deutlich machen, dass die anderen auf sie zugehen müssen.

Womit wir beim Stichwort Handelsverträge und Strafzölle wären.

Handelsverträge haben sicherlich nicht nur Gutes – aber sie führen eben auch dazu, dass eine ganze Reihe von Produkten bei uns billiger sind, als sie es ohne diese Verträge wären. Als Zollunionsblock ist die EU in der Lage, mit dritten Staaten wie den USA oder Korea oder Kanada einen Handelsvertrag abzuschließen. Mit Deutschland oder Bayern allein würden die USA das niemals machen – die würden sich totlachen! Deshalb ist es wichtig, dass sich die Europäische Union nicht auflösen lässt in wichtige und unwichtige Staaten, in klein, groß, reich, Nord oder Süd. Das mag innenpolitisch eine Rolle spielen – aber außenpolitisch kümmert das keinen.

Und dennoch wählen immer mehr Menschen in Europa europakritische Parteien wie zuletzt in Italien, streben nach nationaler Abschottung. Welche Vorteile der EU sehen diese Wähler nicht?

Das, was in unserem Alltag mittlerweile so selbstverständlich geworden ist: die EU-Energielabel am Kühlschrank, die Inhaltsstoffe auf dem Marmeladenglas, die Ablaufdaten bei der Fleischwurst. All diese Regeln, Beschränkungen und Kennzeichnungen führen dazu,



„Ohne EU hat Deutschland nichts zu melden“

Im Handelskrieg zwischen den Vereinigten Staaten und China hat Deutschland nur als – wenn auch mächtiges – Mitglied der Europäischen Union eine Chance.

Illustration: imago

dass uns das Leben wesentlich einfacher gemacht wird, weil man einfacher vergleichen kann.

Vielen Menschen beispielsweise im spanischen Katalonien oder in Großbritannien ist dies offenbar egal. Welche Auswirkungen hat das?

Wenn ich Regionen – nehmen wir das Beispiel Katalonien – einfach mal so in die Freiheit entlasse und sage, okay, ihr seid jetzt selbstständig, dann gehen die alle aufeinander los. Dann habe ich das, was wir in der Politikwissenschaft als Wettbewerbsföderalismus bezeichnen: Dann setzt sich eben wieder nur der Stärkere durch. Die Katalanen machen das, weil sie der Ansicht sind, dass sie ungerechterweise für Spanien zu viel Geld zahlen. Wir haben bis heute keinen Mechanismus dafür, so einen Konflikt in so einem interregionalen Wettbewerb ähnlich gut aufzufangen wie in diesem Wettbewerb der 28 Staaten.

Es müssen also vor allem Minderheiten geschützt werden? Eine Voraussetzung dieses

AZ-INTERVIEW mit Andreas Maurer



Der 53-jährige Politologe ist Europa-Experte und Professor an der Uni Innsbruck.

Friedensversprechens innerhalb der EU ist, andere Staaten mitzunehmen. Wenn nur die Schnelleren, Stärkeren, Reichen bestimmen, wie schnell der Geleitzug EU fährt, haben Sie irgendwann die Situationen, dass sich viele abgehängt fühlen. Und sich dann irgendwann auch mit kriegerischen Mitteln gegen dieses Gesamtsystem auflehnen.

Wie früher in Nordirland oder Nordzypern. Wo ja die EU über große Ab-

kommen einen Deckel drüberhält und sehr viel Geld rein-schießt – für die Bildung, die Kultur- und die Medienpolitik –, damit diese eingefrorenen Konflikte nicht wieder ausbrechen und zu einem echten militärischen Konflikt werden. Das kostet Geld. Aber: Wir bekommen das zurück – als Friedensdividende.

Inwiefern?

Weil wir letzten Endes besser damit fahren, in einem System zu leben, in dem man nicht kriegerisch aufeinander losgeht. Dazu kommt: Die Deutschen haben das Geld. Und kriegen es drei- und vierfach zurück. Zwar nicht unbedingt in Form von Euro. Aber dafür in Form von sicher hergestellten Produkten, von Arbeitskräften oder intellektueller Mobilität. Deutschland ist massiv davon abhängig, dass die Staaten und Systeme rundherum funktionieren. Andernfalls würde es unserer Wirtschaft sofort schlechter gehen.

Warum?

Weil Deutschland hauptsächlich für seine Nachbarländer

produziert. 70 Prozent der Güter werden in den europäischen Binnenmarkt exportiert, nach Tschechien, Polen, Spanien, in die Ukraine. Nur rund 30 Prozent verteilen sich auf die USA, China oder Russland. **Die Vorteile des Binnenmarkts sehen viele Deutsche gern – die Subventionen an bestimmte EU-Länder hingegen weniger.** Dabei hat man doch unmittelbar etwas davon, wenn die EU beispielsweise eine Straße in Tschechien finanziert: Weil auf diesen Straßen jene Güter transportiert werden, die man selber im Supermarkt in Bayern kaufen wird – oder nach Tschechien exportiert werden. Damit sind die Produkte schneller und sicher da. Und es wird insgesamt günstiger.

...und wirkt friedensstiftend. Ja, wir haben mittlerweile untereinander vertraglich so enge Beziehungen aufgelegt, dass es nahezu unmöglich ist, unbemerkt einen anderen Staat in Europa zu überfallen. Es sind mittlerweile über 80 Jahre, in denen wir nicht mehr mit kriegerischen Mitteln aufeinander

losgegangen sind. Das war 500 Jahre davor undenkbar. **Muss Europa noch mehr tun, auch für die internationale Sicherheit?**

Wir stehen international unter einer erheblichen Verantwortung. Nach unserem Modell müssen Menschenrechte und Arbeitsrechte eingehalten werden, Kinder müssen ab einer gewissen Zeit zur Schule gehen können und nicht zur Sklavenarbeit verdammt werden. Das alles nutzt unserem Modell.

Dabei stehen wir in einem Konflikt mit Ländern wie China, das ein anderes Verständnis von Menschenrechten hat. Wenn wir selber nicht zum Museum werden und uns von den Chinesen überrennen lassen wollen, müssen wir dafür sorgen, dass es um uns herum einen immer größeren Kreis von Staaten und Regionen gibt, die sich an dem orientieren, was wir für richtig halten, auch an unseren Produktionsstandards. Wenn ich das sicherstellen kann, dann haben die Chinesen relativ wenig zu melden. **Interview: Julia Sextl**

Rechte lassen den Schampus sprudeln

Die Euro-Kritiker haben es sich auf Kosten der Steuerzahler gut gehen lassen. Jetzt hat sich der Kontrollausschuss in Brüssel eingeschaltet

FÜR DIE AZ IN BRÜSEL

Miriam Moll



Die Liste erinnert ein wenig an die ausufernden Bunga-Bunga-Partys des früheren italienischen Premierministers Silvio Berlusconi: massenweise Champagner, teure Weihnachtsgeschenke und kostspielige Menüs. Insgesamt geht es um mehr als 420 000 Euro allein im Jahr 2016. Allerdings handelt es sich nicht um eine ausschweifende Sause in Rom, sondern um die Spesen einer der kleinsten Parteienfamilien im Europäischen Parlament.

Die Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit (ENF) vereint die Rechtspopulisten in der Volksvertretung – zu ihr gehören neben der Freiheitspartei (PVV) des Niederländers Geert Wilders auch der französische Front National sowie Österreichs neuer Koalitionspartner, die FPÖ.

Ihre ungewöhnlich hohen Ausgaben fielen bei der jährlichen externen Wirtschaftsprüfung auf – und wurden schlussendlich dem Haushaltskontrollausschuss des Europäischen Parlaments vorgelegt. Das könnte die Parteienfamilie teurer zu stehen kommen.

„Wir waren noch nie mit so etwas befasst, weil das noch nie vorgekommen ist“, sagte die Vorsitzende des Gremiums, Ingeborg Gräßle (CDU), ges-

tern. Tatsächlich wurden die Finanzberichte von sieben Fraktionen kommentarlos durchgewunken – nur jenen der ENF beanstandeten die Prüfer.

„Wir verlangen, dass sich die Fraktionen selbst Regeln geben“, schimpfte Gräßle. Mildernde Umstände gibt es nur bedingt: Erst 2017 verabschiedete die Fraktion interne Richtlinien, die eine Obergrenze für Mahlzeiten und Anschaffungskosten für Bürogeräte festlegt.

Bis dahin haben es sich die gerade einmal 34 offensichtlich gut gehen lassen. 234 Flaschen Champagner (81 Euro pro Stück) wurden bei den Fraktionsausgaben angegeben. Dazu kamen Menüs, die mit 400 Euro pro Person zu Buche schlugen. Zu Weihnach-

ten beschenkten die Abgeordneten dann ihre Mitarbeiter mit 110 persönlichen Präsenten im Wert von je 100 Euro.

Solche Kosten seien „weder vernünftig noch vereinbar“ mit dem Grundsatz verantwortungsvollen Finanzmanagements, hieß es in einem Brief von Gräßle an Parlamentspräsident Antonio Tajani. Die Spesen liegen nach Angaben des Haushaltsausschusses weit über der erlaubten Grenze. Das Kontrollgremium forderte deshalb die Rückzahlung von mehr als 388 000 Euro. Hinzu kommt, dass die Fraktion bei der Buchhaltung geschlampt zu haben scheint – so fiel auf, dass für Kosten in Höhe von knapp 39 000 Euro keine entsprechenden Belege vorliegen.

Mehr als 420 000 Euro könnten damit rückzahlungspflichtig werden – eine ordentliche Summe für die 34 Abgeordneten, die sonst gerne monieren, dass die EU mit Steuergeldern „unsinnige“ Politik finanziere.



POLITIK kompakt

► Müller will 500 Millionen Euro

BERLIN Das Rückkehrerprogramm für Migranten „Perspektive Heimat“ soll nach dem Willen von Entwicklungsminister Gerd Müller stark ausgebaut werden. „In das Rückkehrerprogramm sollen künftig 500 Millionen Euro pro Jahr fließen“, sagte der CSU-Politiker. „Das ist viel preiswerter, als die Menschen hier in Deutschland zu versorgen.“ Bislang sind für das Programm nur 150 Millionen Euro vorgesehen.

► Essener Tafel nimmt Ausländer auf

ESSEN Die Essener Tafel nimmt von heute an wieder Ausländer als Neukunden auf. Das hat der Vorstand des Trägervereins beschlossen. Zuvor sollen alle elf Außenstellen des Vereins informiert werden, wie der Vorsitzende Jörg Sartor sagte. Seit dem 10. Januar hatte die Hilfsorganisation Ausländer als Neukunden bei der Essensausgabe abgelehnt und damit eine kontroverse Diskussion ausgelöst. Die Tafel hatte den Schritt mit dem hohen Anteil an Ausländern begründet.

► Kühnert attackiert Seehofer

BERLIN Juso-Chef Kevin Kühnert (SPD), sieht hinter den CSU-Äußerungen zum Islam „Kampagnenstrategie“. „Während die Linke über die Zukunft der Grundsicherung diskutiert, betreibt das Heimatministerium von der Spitze her Politik in eigener Sache“, schrieb er im „Handelsblatt“. Kühnert bezog sich auf Äußerungen von Bundesinnenministers Horst Seehofer (CSU), wonach der Islam nicht zu Deutschland gehöre.